

AKTUELL

iPad-Boom, die Zweite

NEW YORK. Schon wieder landet Apple einen Hit: Das iPad 2 scheint sich bei seiner Premiere besser verkauft zu haben als der Vorgänger. Nach mehreren Schätzungen ist Apple bis zu 600.000 der flachen Rechner am ersten Wochenende losgeworden. Vor einem Jahr, als das Ur-iPad herauskam, hatte Apple 300.000 der Geräte losgeschlagen und zählte nach neun Monaten 15 Millionen.

Das Geld reicht nicht

BRÜSSEL. In Brüssel gibt es neuen Wirbel um die irischen Krisenbanken. Irlands Finanzminister Michael Noonan sagte, die im Hilfspaket vereinbarte Finanzspritze für die angeschlagenen Geldhäuser reiche nicht aus: „Die Abmachung belief sich auf zehn Milliarden Euro, und nach Ansicht der Zentralbank wird dieser Betrag überschritten.“

Spritpreis-Analyse

WIEN. Tanken ist im Westen Österreichs am teuersten, am günstigsten ist es für Autofahrer in der Steiermark, geht aus der jüngsten Treibstoffpreisanalyse der Arbeiterkammer (AK) hervor. Die Preisunterschiede zwischen den Bundesländern seien enorm, Diskonter wie zu erwarten günstiger als Markentankstellen und die Preise an den Autobahntankstellen extrem hoch, so die AK.

Für die Aufstockung des Euro-Rettungs-rings muss auch Österreich seine Haftungen auf 25 Milliarden Euro verdoppeln

FOTOLIA



Läuteten eine neue Ära für die Währungsunion ein: Jose Manuel Barroso (links) und Herman Van Rompuy

Österreich haftet bald mit 25 Milliarden

Auf dem EU-Gipfel wurde eine neue Euro-Ära eingeläutet: Was beschlossen wurde und welche Folgen das hat.

schaft müsse aber „einen Ausgleich zwischen stärkeren und schwächeren Staaten haben“, erklärte etwa der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble gestern vor dem EU-Ministertreffen.

Die wichtigsten Punkte des neuen, dauerhaft angelegten Euro-Rettungs-Mechanismus: **440 Milliarden.** Wegen hoher Sicherheitsleistungen wären vom EU-Rettungsschirm bisher nur 250 von den insgesamt 440 Milliarden Euro für Ausleihungen an notleidende Länder bereitgestellt. Künftig sollen die vollen 440 Milliarden nutzbar gemacht werden, ab dem Jahr 2013 sogar volle 500 Milliarden Euro. Diese Ausweitung verlangt aber höhere Bürgschaften durch die Euro-Länder mit guter Bonität.

Österreichs Schulden. Auch die Haftungen Österreichs für diesen Euro-Rettungsschirm werden durch den Beschluss verdoppelt, und zwar auf 25 Milliarden Euro. Das hat laut Eurostat auch Auswirkungen auf Österreichs Gesamtschulden. Laut „Standard“ wird die Verschuldungsquote allein durch die bisher geleisteten Hilfen (z. B. an Irland) um 0,25 Prozent pro Jahr steigen. Derzeit machen Österreichs Schulden gut 70 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung aus. Für die Aufstockung ist in Österreich ein Gesetzesbeschluss notwendig. ÖVP-Finanzminister Josef Pröll kündigte gestern bereits an: „Ich unterstütze (Bundeskanzler) Werner Fay-

mann voll in dieser Frage. Wir müssen das im Parlament durchbringen.“

Niedrigere Zinsen. Empfänger von Hilfskrediten sollen künftig weniger Zinsen zahlen müssen – jedoch nur, wenn sie im eigenen Land strikte Sparpläne verfolgen. **Griechen zahlen weniger.** Als erstes Land wird Griechenland, das im Mai des Vorjahres 110 Milliarden Euro zugesagt bekam, von niedrigeren Zinsen profitieren. Weil die Griechen ein großes Privatisierungsprogramm durchziehen, müssen sie künftig um einen Prozentpunkt weniger Zinsen zahlen.

Streitfall Irland. Keinen Zinsnachlass erhält Irland, dessen Banken womöglich mehr Geld als geplant von der EU brauchen. „Für einen Nachlass sind noch nicht alle Konditionen erfüllt“, so EU-Gipfelchef Herman Van Rompuy.

Staatsanleihen-Kauf. Der Rettungsfonds soll künftig auch Anleihen direkt von Staaten kaufen können. Weiterhin ausgeschlossen bleibt, dass der Rettungsfonds von Banken und Investoren Staatsanleihen maroder Länder kaufen darf – das darf aber weiterhin die Europäische Zentralbank machen.

Euro-Pakt. Der Pakt enthält Bekenntnisse der Eurostaaten zu verschiedenen Reformen, v. a. in der Pensions- und Arbeitsmarktpolitik. Verbindlich sind diese Bekenntnisse allerdings nicht.

Verschärfter Stabilitätspakt. Hier gibt es Pläne, dass die Strafen, die bei Nicht-Einhaltung der Maas-

tricht-Kriterien (die Staatsverschuldung darf nicht mehr als 60 Prozent der Wirtschaftsleistung ausmachen, die jährliche Neuverschuldung nicht mehr als drei Prozent des BIP) eingehoben werden, künftig in den Rettungsfonds fließen.

So geht's weiter. Ein endgültiger Beschluss über Details des Euro-Rettungsfonds soll beim EU-Gipfel am 24. und 25. März fallen. „Bis dahin müssen Nägel mit Köpfen gemacht werden“, so Pröll.

ULRICH DUNST

STAATSPREIS MARKETING

Gesucht: Ihr Erfolg im Marketing

Große Chance auch für kleine Betriebe: Das Wirtschaftsministerium verleiht den neuen Staatspreis Marketing. Reichen Sie jetzt Ihre Erfolgskonzepte ein!

Der Countdown läuft: Am 11. Mai wird Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner in Linz den Staatspreis Marketing 2011 verleihen. „Der Staatspreis ist ein Gütesiegel für die Nachhaltigkeit und Wertorientierung von Marketingstrategien. Damit prämiieren wir innovative Konzepte, deren Ergebnisse in der Erfolgsrechnung des Unternehmens sichtbar sind“, sagt der Wirtschaftsminister.

Die Vergabekriterien sind heuer neu: Eine branchenübergreifende Top-Jury – darunter Dr. Wolfgang Bretschko (Styria AG), Dr. Karl Pall (Google Österreich), Prof. Thomas Foscht (Marketing Club Graz) und Dr. Walter Fuchs (BMWJF) – bewertet die Projekte in einem dreistufigen Prozess und nominiert fünf Projekte. Aus dieser Shortlist wird

der Gewinner gekürt. Die Kriterien liegen beim Staatspreis Marketing Neu vor allem in Strategie, Wirkung und Nachhaltigkeit.

Teilnehmen können alle österreichischen Unternehmen. Voraussetzung ist eine Marketingleistung, die 2009 und 2010 einen markanten Erfolg erzielt hat und bis Ende 2010 erst-

mals realisiert wurde. Unternehmensgröße, Branche oder Budgethöhe sind dabei nicht maßgebend. „Was zählt, ist das Ergebnis“, sagt Prof. Thomas Foscht, Jury-Vorsitzender und Präsident des Marketing Club Graz.

MEHR INFO: www.staatspreis-marketing.at oder www.marketing-club-graz.at.

SO REICHEN SIE EIN

Einreichungen können ausschließlich elektronisch über das Internet erfolgen unter www.staatspreis-marketing.at.

Wer kann einreichen? Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen, Institutionen, Organisationen und Verbände mit Sitz in Österreich.

Die Einreichgebühr beträgt 200 Euro (exkl. MwSt.).

Einreichschluss: 31. März 2011.



Staatspreis Marketing 2011

Beraterministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend



Hitziger wird Chef für Brief und Filialen



Walter Oblin wird Finanzchef der Post

WIRTSCHAFT INTERN

Neue Postvorstände gekürt

Drei der vier Vorstände sind Steirer. Filialchef muss gehen.

Die Post AG hat neben Generaldirektor **Georg Pözl** künftig einen zweiten mächtigen Mann. **Walter Hitziger** wird ab 2012 das neu geschaffene „Superressort“ leiten – zur Division Brief, die Hitziger schon bisher geleitet hatte, kommt künftig die Division Filialen hinzu (wir berichteten). Das hat der Aufsichtsrat der Post unter Federführung von ÖIAG-Chef **Peter Michaelis** gestern beschlossen.

Auf der Strecke bleibt der bisherige Filialchef **Herbert Götz**, der sich im Zuge der groß angelegten Umwandlung von Hunderten Postfilialen in private Postpartner offenbar nicht im gesamten Konzern Freunde gemacht hat. Götz bleibt bis Ende 2011 Filialchef und wird laut Post-Aussendung die Zusammenführung Brief/Filialen „voll unterstützen“. Hinter den Kulissen heißt es jedoch, dass Götz nicht unbedingt freiwillig aus dem Unternehmen scheidet.

Mit Pözl, Hitziger und **Peter Umundum**, der ab 1. April Paketvorstand wird, sitzen somit drei Steirer im neuen Vierer-Postvorstand. Auch der vierte hat steirische Vergangenheit. Post-Strategiechef **Walter Oblin** wurde gestern zum Post-Finanzchef gekürt. Der Pözl-Vertraute, der Mitte 2012 **Rudolf Jettmar** nachfolgt, hat in Graz studiert.

ULRICH DUNST



„Eine Lösung, bei der alles passt? Dann reichen Sie ein“